



Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Joint Conference Church and Development

Bundespressekonferenz 12.12.2011, 10.30 Uhr

Rüstungsexportbericht 2011

Statement von Dr. Bernhard Moltmann

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Vorsitzender der GKKE Fachgruppe Rüstungsexporte

Es gilt das gesprochene Wort.

Stellungnahme anlässlich der Vorstellung des GKKE-Rüstungsexportberichts 2011 am 12. Dezember 2011

Kleine und leichte Waffen

Waffen und Rüstungsgüter werden beschönigend als Erzeugnisse der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie bezeichnet. Schaut man dagegen genauer auf Waffengeschäfte, so entpuppen sich Rüstungstransfers häufig als Exporte von Risiken für Frieden und Sicherheit. Besonders deutlich zeigt sich das bei der Ausfuhr von kleinen und leichten Waffen. Der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan hat sie zu Recht als „Massenvernichtungswaffen des kleinen Mannes“ bezeichnet.

Deutschland zählt weltweit zu den größten Herstellerländern dieser Waffen, von Munition und Herstellungsanlagen. Für den Teilbereich der leichten Waffen weist der Small Arms Survey den deutschen Exporten im Jahr 2008 mit einem Wert von 472 Millionen US-Dollar hinter den USA (715 Millionen US-Dollar) und Italien (562 Millionen US-Dollar) einen dritten Rang zu. Die deutschen Exporte von kleinen Waffen und Munition haben sich seit 1998 vervierfacht.

Waffen deutscher Herkunft tauchen auf Schauplätzen gegenwärtiger Gewaltkonflikte auf. Waffenfunde in Georgien, Mexiko oder Libyen zeigen, dass Endverbleibszusagen nicht funktionieren. Außerdem sind auch diese Geschäfte nicht frei von Korruption. Deutsche Hersteller und Amtsträger sind ins Visier von Ermittlungsbehörden wegen vermuteter Vorteilsnahme beim Transfer nach Mexiko geraten.

Im Jahr 2010 ist, wie in den Vorjahren, die Ausfuhr von über 40.000 kleinen und leichten Waffen aus Deutschland genehmigt worden. Relevante Abnehmer unter den Drittstaaten finden sich im Mittleren Osten (Katar, Kuwait, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate), in Südasien (Brunei, Indien, Indonesien, Malaysia, Philippinen) und in Südamerika (Brasilien, Chile).

Auch der Aufbau von Waffen- und Munitionsfabriken in Drittstaaten geht relativ geräuschlos über die Bühne, so jener nach Saudi-Arabien zwischen 2005 und 2009. Ob die Zusage, auf Weiterexporte aus der dortigen Fertigung zu verzichten, Bestand hat, ist ungewiss.

Verglichen mit der deutschen Ausfuhr von Großwaffensystemen ist der wertmäßige Anteil der Exporte von kleinen und leichten Waffen sowie von Munition gering (ca. 120 Millionen Euro jährlich). Angesichts der Risiken für Frieden, Sicherheit und Entwicklung ist der potentielle

Schaden jedoch erheblich. Die Expansion der hiesigen Kleinwaffenexporte widerspricht allen Bemühungen, der „Kleinwaffenplage“ Einhalt zu gebieten.

Dual-use-Güter

Auch der Handel mit Gütern, die sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können („Dual-use-Gütern“), vollzieht sich ohne größere öffentliche Aufmerksamkeit. Dabei erreichen die Genehmigungswerte durchaus das Niveau der Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter (2010: 4,8 Milliarden Euro).

In diese Angaben sind nicht die Transfers von Gütern eingegangen, die sich in Waffensysteme einbauen lassen, deren Export aber nicht der Genehmigungspflicht unterliegt. Gravierend ist das besonders für das Segment der Motoren und Getriebe. SIPRI-Angaben verweisen auf die Lieferung von deutschen Motoren für Kriegsschiffsexporte an Brasilien, Kolumbien, Spanien, die Vereinigten Arabischen Emirate oder Venezuela; Motoren deutscher Herkunft treiben gepanzerte Fahrzeuge an u. a. in Angola, China, Griechenland, Indien, Iran, Israel, Neuseeland, Südkorea, Spanien, in der Türkei oder in den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Die hohen Werte der Ausfuhren von Dual-use-Gütern zeugen von der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie, aber auch vom hohen Grad der transnationalen Kooperation bei der Herstellung von Rüstungsgütern. Die Bundesregierung sperrt sich derzeit gegen Bemühungen der EU, schärfere Kontrollen einzuführen. Aus Sicht der GKKE haben Risiken für Sicherheit und Nichtverbreitung das Nachsehen gegenüber der Rücksichtnahme auf Interessen der Rüstungsindustrie und von Zulieferern.

Liberalisierung des innereuropäischen Rüstungshandels

Die Liberalisierung des innereuropäischen Rüstungshandels hat mit der Verabschiedung der „Verteidigungsgüterrichtlinie“ auch das deutsche Rüstungsexportkontrollregime erreicht. Sie sichert hiesigen Rüstungsherstellern erleichterte Lieferungen an andere europäische Produzenten oder Streitkräfte zu.

Man mag über Sinn und Nutzen einer europäischen Rüstungskoooperation streiten. Aber für den Kurs einer restriktiven Rüstungsexportpolitik folgen daraus erhebliche Risiken, wenn sich nicht gleichzeitig die Kontrollen von Ausfuhren an Drittstaaten verstärken. Außerdem sind Defizite an Transparenz bei der Berichterstattung über Rüstungstransfers zu befürchten. Sie

können eine politische und öffentliche Kontrolle erschweren. Zweifelhaft ist schließlich, ob es Rüstungsunternehmen gelingt, verlässliche „Verantwortungsketten“ vom Hersteller über Zwischenstationen bis zum Abnehmer zu garantieren.

Der Rückzug staatlicher Aufsicht verheißt nichts Gutes, wenn im Jahr 2012 die Überprüfung des EU-weiten Gemeinsamen Standpunktes zu Rüstungsexporten von 2008 ansteht. Falls sich hier unternehmerische Interessen und das Beharren der Einzelstaaten auf ihre Souveränität bei rüstungsexportpolitischen Entscheidungen behaupten, kommt das einer weiteren Demontage der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in Europa gleich, die sich einer Krisenprävention und friedlichen Konfliktbearbeitung verpflichtet hat.